



Themen

Seite 1

Kultusministerium bremst Digitalisierung

Seite 3

Europawahl als Schicksalswahl

Seite 4

Auftakt der Flächensparoffensive

Seite 5

Einsatz für jüdisches Leben

Seite 6

Neue VOB für Kommunen

Seite 7

digitale gesellschaft. digitale städte.

Seite 8

Zukunftsforum Automobil

Kultusministerium bremst Digitalisierung der Schulen

Der Bayerische Städtetag kritisiert die vom Kultusministerium mitgeteilte sofortige Beendigung des bayerischen Förderprogramms zur IT-Ausstattung der Schulen. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl: „Die Beendigung des bayerischen Förderprogramms entspricht nicht den Ankündigungen vor der Landtagswahl. Damals hat der Freistaat auf das Gaspedal gedrückt und eine Fortsetzung seiner Förderprogramme in Höhe eines mittleren dreistelligen Millionenprogramms angekündigt. Mit der Beendigung des bayerischen Förderprogramms wird die begonnene Digitalisierung der Schulen jetzt abrupt gebremst.“ Die zeitnahe Umsetzung der vom Kultusministerium selbst bei den Schulen in Auftrag gegebenen Medienentwicklungskonzepte ist damit erheblich gefährdet. Das Kultusministerium hat überraschend mitgeteilt, dass das erst letztes Jahr aufgelegte Förderprogramm sofort beendet wird.

Stattdessen sollen die Kommunen nun auf die im Digitalpakt von Bund und Ländern angekündigten Bundesmittel warten. Sie dürfen solange keine IT-Ausstattung mehr beschaffen, bis geklärt ist, wofür die Bundesmittel verwendet werden können. Im Gegensatz dazu wurde letztes Jahr angekündigt, dass es sich bei den verbeschiedenen Mitteln nur um die erste Tranche handelt und jährlich mit weiteren Mitteln geplant werden kann. Es hilft daher wenig, wenn jetzt zwar im Doppelhaushalt 2019/2020 Landesmittel in Höhe von 172,5 Millionen Euro bereitgestellt werden, aber keine neuen Förderanträge mehr gestellt werden dürfen. Es wäre nicht akzeptabel, wenn Landesmittel eingespart und durch Bundesmittel ersetzt werden sollten.

Die berechtigten Erwartungen der Schulen und Kommunen, dass die Bundesmittel die Landesmittel aufstocken und aus beiden Töpfen heraus die Beschaffung der IT-Ausstattung nahtlos wei-

Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



terlaufen kann und auch die bislang vom Freistaat nicht geförderte IT-Systembetreuung endlich mitfinanziert wird, werden herb enttäuscht. Der Städtetagsvorsitzende Kurt Gribl moniert: „Das Kultusministerium hat es bislang versäumt, ein landesweites Gesamtkonzept für die Digitalisierung der Schulen und des Unterrichts zu erstellen und konterkariert nun die Bemühungen der örtlichen Ebene, trotz fehlendem Gesamtkonzept die Schulen bestmöglich mit IT-Systemen auszustatten. Wir fordern eine sofortige Fortsetzung der Förderung und eine schnellstmögliche Einbeziehung der Systembetreuung in die staatliche Förderung.“

Bislang warten die Kommunen vergebens darauf, dass die im Koalitionsvertrag angekündigten Lösungsansätze zur Wartung und Pflege der IT-Infrastrukturen an Schulen vorgelegt werden.

Wenn im Koalitionsvertrag als Ziel im Idealfall ein zentrales, landesweit verfügbares Angebot für Wartung und Pflege ausgerufen wird, dann muss der Staat auch endlich offenlegen, wie er sich eine entsprechende Umsetzung vorstellt.

Die vorliegende Bund-Länder-Vereinbarung schiebt die Verantwortung dagegen auf die Kommunen ab und schließt obendrein eine Förderfähigkeit der kommunalen Ausgaben für IT-Systembetreuung ausdrücklich aus. Gribl: „Bund und Land sind aufgefordert, die IT-Systembetreuung bestmöglich zu unterstützen anstatt zu erschweren. Wir fordern deshalb ein Konzept des Landes für ein zentrales Angebot für Wartung und Pflege sowie eine Einbeziehung der Systembetreuung in die staatliche Förderung.“

Kontakt: manfred.riederle@bay-staedtetag.de

digitale gesellschaft. digitale städte.

BAYERISCHER STÄDTETAG 2019

am 10. und 11. Juli 2019 in Augsburg

Am Mittwoch, **10. Juli**, treffen sich um 10:00 Uhr CSU, SPD und 3. Gruppe zu ihren Besprechungen. Um 13:00 Uhr findet die interne Vollversammlung statt. Um 11:00 Uhr starten die Ausstellungen. Um 14:15 Uhr beginnt das fachliche Begleitprogramm mit Vorträgen, Präsentationen und Diskussionen an vier Stationen: digitales Rathaus, digitale Schule, digitale Mobilität, digitale Gesundheit und Pflege. Am Abend lädt die Stadt Augsburg um 19:00 Uhr zum Empfang mit einem Grußwort von Staatsminister **Joachim Herrmann**.

Am Donnerstag, **11. Juli**, stehen um 9:00 Uhr auf dem Programm: Ansprachen des Städtetagsvorsitzenden Oberbürgermeister **Dr. Kurt Gribl** und des Ministerpräsidenten **Dr. Markus Söder**, ein Vortrag von **Professor Dr. Sami Haddadin** und eine abschließende Podiumsdiskussion, u.a. mit Digitalministerin **Judith Gerlach** und Wirtschaftsminister **Hubert Aiwanger**.

Aufruf zur Europawahl am 26. Mai 2019

Schicksalswahl für die Zukunft Europas

Am 26. Mai 2019 wird ein neues Europa-parlament gewählt. Der Wahlkampf ist schon in vollem Gange. Dieses Mal geht es bei der Europawahl um sehr viel mehr als sonst, nämlich um die Zukunft Europas. Viele anti-europäische Parteien und Kandidaten, die sich die Zersetzung der Europäischen Union zum Ziel gesetzt haben, stehen auf den Listen der Wahl. Daher ist es von immenser Bedeutung, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger den Termin der Europawahl am 26. Mai 2019 wahrnehmen.

Mit seinem Aufruf für einen Neubeginn in Europa, jetzt über das Schicksal des Kontinents bei den Wahlen mit zu entscheiden, steht der französische Staatspräsident Emmanuel Macron nicht alleine da. Ende Januar 2019 sammelten sich 30 Intellektuelle um den Philosophen Bernard-Henri Lévy.

Sie warnten als „Europäische Patrioten“ vor dem Untergang der EU mit folgender Veröffentlichung: „Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn die Ressentiments, der Hass und dessen traurige Auswüchse sich überall ausbreiten. Und wir müssen dringend Alarm schlagen gegen die Brandstifter, die von Paris bis Rom über Dresden, Barcelona, Budapest, Wien oder Warschau mit dem Feuer unserer Freiheiten spielen. Denn das ist, was zur Zeit gespielt wird: der Versuch, angesichts dieses neuen seltsamen europäischen Versagens, dieser hartnäckigen Krise des europäischen Bewusstseins, die liberale Demokratie und ihre Werte zu dekonstruieren und infrage zu stellen.“

Es ist fraglich, ob diese Appelle die Wähler in den Mitgliedstaaten mobilisieren können, denn viele sind mit eigenen Problemen beschäftigt und nationale Wahlkämpfe in vielen Regionen überlagern auch noch die Europawahl. Daher ist es umso wichtiger, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die am nächsten und direkt an den

Bürgerinnen und Bürgern vor Ort dran sind, zur Europawahl am 26. Mai 2019 aufrufen.

Der Deutsche Städtetag hat in seiner Erklärung „Städte in Europa – Europa in den Städten“ bekräftigt, dass die Städte ausdrücklich den Europäischen Integrationsprozess unterstützen. Es wird explizit dazu aufgerufen, bei der Europawahl konstruktive politische Kräfte zu unterstützen. Ziel ist es, künftig die Städte und Gemeinden - und damit indirekt die Bürgerinnen und Bürger - noch stärker in die Europapolitik einzubinden. Auch die bayerischen kommunalen Spitzenverbände bekennen sich zu Europa, zur Idee der europäischen Integration als unabdingbaren Pfeiler für ein friedliches Zusammenleben und wirtschaftliches Wachstum in Europa.

Mit der zermürbenden Diskussion um den Austritt Großbritanniens und der allerorts deutlich spürbaren Zunahme nationaler Egoismen wird deutlich, in welcher Krise Europa wirklich steckt. Daher ist es umso wichtiger, dass sich die bayerischen Kommunen zur Grundidee und zu den Chancen der Europäischen Union deutlich bekennen und diese gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern positiv vermitteln.

Informationen zur Europawahl 2019 auf dem Mitmachprotal des Europäischen Parlament:

<https://www.diesmalwaeleich.eu/>

Kontakt: andrea.gehler@bay-staedtetag.de

Vielschichtige Nutzungsansprüche an Grund und Boden

Auftakt der Flächensparoffensive Bayern

Beim Start der Flächensparoffensive Bayern wurde klar, dass die Bayerische Staatsregierung keine verbindliche Flächenverbrauchsobergrenze festschreiben möchte. Stattdessen soll ein Flächenverbrauch-Richtwert von fünf Hektar am Tag in der Landesplanung verankert werden. Dieser Wert würde einer Halbierung der Flächenneuinanspruchnahme entsprechen. Dieses Vorgehen dürfte für alle Lager nicht recht zufriedenstellend sein.

Der Bayerische Städtetag hat die Bedeutung des Flächensparens stets betont und viele Maßnahmen vorgeschlagen, die Flächensparziele zu erreichen. Und dennoch spricht sich der Bayerische Städtetag gegen eine Flächenverbrauchsobergrenze aus. Eine auf mathematischen Formeln beruhende Flächenzuweisung wird den vielschichtigen Bedarfen der über 2000 bayerischen Städte und Gemeinden nicht gerecht und verstößt gegen die kommunale Planungshoheit.

Die Nutzungsansprüche an Grund und Boden sind vielschichtig. Der Straßenbau beansprucht Fläche. Wohnungen beanspruchen Fläche. Gleichermaßen gilt für Schulen und Kindergärten. Die Wirtschaft und die Landwirtschaft beanspruchen Fläche. Städtische Grünzüge beanspruchen Fläche und gelten statistisch als „Flächenverbrauch“. Wie diese unterschiedlichsten Nutzungsansprüche gerecht zum Ausgleich gebracht werden, beantwortet eine Flächenverbrauchsgrenze nicht, sei sie verbindlich oder nur Richtwert.

Der Bayerische Städtetag fordert einen konsequenten Vorrang der Innenentwicklung und flächensparender Nutzungen in der Landesplanung, in Fachplanungen, kommunalen Planungen sowie im Förderwesen. Bereits weit vor dem gescheiterten Volksbegehren zum Flächensparen hat der Bayerische Städtetag eine Fülle von Maßnahmen an Bund und Freistaat adressiert, die es den Städten und Gemeinden ermöglichen sollen, bereits versiegelte oder zentral gelegene Flächen für die notwenige Siedlungs- und

Gewerbeentwicklung nutzbar zu machen. Dies gelingt den Städten aber nicht, weil ihnen Zugriffsmöglichkeiten als Planungsträger oder als Eigentümer fehlen.

Keiner dieser Vorschläge wurde bislang umgesetzt, wenngleich diese Maßnahmenvorschläge nicht nur auf kommunaler Seite guten Zuspruch bekommen haben. Deshalb überraschte es nicht, dass der Auftakt der Flächensparoffensive der Staatsregierung wenig neue Erkenntnisse brachte und vereinzelt die Wiederholung altbekannter Positionen kritisiert wurde.

Es erscheint vergeblich, in einem Richtwert die Lösung des Problems zu vermuten. Solange den Planungsträgern nicht die Werkzeuge zu flächensparenden und umweltschonenden Planungen und Bauweisen in die Hand gegeben werden, wird sich an der hohen Flächenbeanspruchung nichts ändern. Weder Schuldzuweisungen an die verschiedenen Planungsebenen, ob nun der Straßenbau oder die Siedlungsentwicklung den größten Raum benötigt, noch Obergrenzen und Zertifikatehandel versprechen eine Lösung.

Vielmehr bedarf es einer klaren Regelung der Staatsregierung des Ziels des verringerten Flächenverbrauchs und des Ziels der Innenentwicklung. Hilfreich kann in manchen Fällen auch die Durchführung einer Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme sein, die es den Städten ermöglicht, neue Quartiere in kompakter Bauweise zu realisieren. Dass für das Prinzip Innenentwicklung vor Außenentwicklung intensiv geworben werden muss, zeigt zum Beispiel die Initiierung eines Bürgerbegehrens gegen Nachverdichtung in München.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Ludwig Spaenle - Beauftragter der Staatsregierung im Kulturausschuss

Einsatz für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus

Der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, war zum Meinungsaustausch in der Frühjahrsitzung des Kulturausschusses des Bayerischen Städtetags. Er schilderte die Ausgangslage des aktuellen jüdischen Lebens mit rund 15.000 Jüdinnen und Juden in Bayern. Aktuell sind vermehrt antisemitische Angriffe zu verzeichnen, es gibt eine wachsende Zahl von antisemitischen Straftaten. Im Alltag sind zunehmend Beleidigungen etwa auf der Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln zu beobachten.

Spaenle stellte die neue Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS Bayern) vor, bei der antisemitische Vorfälle gemeldet werden können (www.rias-bayern.de). Die Einrichtung registriert ab April 2019 Vorfälle und analysiert Fälle von Belästigung bis hin zu strafrechtlich relevanten antisemitischen Handlungen. Laut Spaenle nehmen antisemitische Stereotype im alltäglichen Sprachgebrauch zu. Darüber hinaus gibt es die Strategie rechtsextremer Parteien, Tabus zu brechen und bislang respektierte Schwellen zur Beleidigung und zur Verunglimpfung zu überschreiten. Der Beauftragte der Staatsregierung skizzierte drei Quellen des aktuellen Antisemitismus: Rechtsradikalismus; Linksradikalismus und Antizionismus; Islamistischer Radikalismus.

Dem Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus geht es darum, eine breite öffentliche Debatte gegen Antisemitismus in Gang zu setzen. Als Ausgangspunkt sieht er die Definition von Antisemitismus, wie sie im Jahr 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) entwickelt worden ist. Derzeit laufen Bemühungen, diese Definition als Grundlage in Parlamenten von EU, Bund und Bundesländern möglichst breit zu verankern. Der Deutsche Bundestag hat laut Spaenle die Definition im Herbst 2018 förmlich angenommen. Derzeit erwäge auch der Bayerische Landtag, sich dieser

internationalen Definition anzuschließen. Die IHRA-Definition lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Institutionen und religiöse Einrichtungen“.

Spaenle will mit einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion über die IHRA-Definition einen breit angelegten Prozess anstoßen. Dieser Prozess soll über Regierungen und Parlamente hinausreichen und in die Kommunen getragen werden. Daher hat sich Spaenle an den Bayerischen Städtetag gewandt. Neben den kommunalen Spitzenverbänden hat er Medienvertreter, Wirtschaftsverbände, Sport- und Kulturvereine, Einzelbereiche der Zivilgesellschaft und des Bildungswesens angesprochen. Er sieht dies als einen Schritt an, um den Kampf gegen Antisemitismus offensiv zu führen. Darüber hinaus geht es Spaenle darum, ein positives Leitbild für das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben zu entwickeln.

Spaenle erklärte in der Diskussion mit den Ausschussmitgliedern seine Bereitschaft, auf kommunaler Ebene für Gespräche zur Verfügung zu stehen. Die Mitglieder des Kulturausschusses unterstrichen die Bemühungen für eine intensive Vernetzung von bereits laufenden Projekten. Es gehe darum, einzelne kleinere Initiativen, vielfältige Museen und schulische Initiativen zu vernetzen und zusammenzuführen. Bedeutung hat die Erinnerungskultur, nicht zuletzt mit einer blühenden Museumslandschaft, aus der wiederum vielfältige Initiativen erwachsen. Nach Ansicht der Mitglieder des Kulturausschusses können die gebündelten Maßnahmen zum Kampf gegen Antisemitismus und zur Pflege des jüdischen Lebens in Bayern, sowie die Fortsetzung der Erinnerungsarbeit eine Debatte in Gang halten, um Signale gegen Antisemitismus auszusenden.

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich

Neue VOB für Kommunen wurde eingeführt

Das bayerische Innenministerium hat mit Rundschreiben vom 19. März 2019 auf seine Bekanntmachung vom 27. Februar 2019 zur „Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich“ hingewiesen. Damit sind die Änderungen der am 31. Januar 2019 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bekanntgemachten und am 19. Februar 2019 im Bundesanzeiger veröffentlichten neuen Fassung des ersten Abschnitts der VOB/A für kommunale Bauaufträge für kommunale Auftraggeber am 14. März 2019 in Kraft getreten. Sie gelten für alle ab diesem Zeitpunkt begonnenen Vergabeverfahren.

Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, die IMBek, enthält das grundlegende Vergaberegime für kommunale Auftraggeber im Haushaltsvergaberecht unterhalb der EU-Schwellenwerte. Die IMBek legt fest, welche Vergabeordnungen (VOB, UVgO) für kommunale Auftraggeber anzuwenden sind. Während die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) lediglich zur Anwendung empfohlen wird, wird der erste Abschnitt der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen nach Maßgabe weiterer Bestimmungen der IMBek – wie bisher – verpflichtend eingeführt.

Besonders hinzuweisen ist auf die erhöhten Wertgrenzen für Bauleistungen zu Wohnzwecken: Für Bauleistungen zu Wohnzwecken kann bis zum 31. Dezember 2021 eine Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb für jedes Gewerk (!) bis zu einem Auftragswert von 1 Million Euro erfolgen. Damit wurde die Wertgrenze verdoppelt.

Gleichsam verdoppelt wurde die Wertgrenze für die Verhandlungsvergabe. Dadurch wurde ein Beschluss des Wohngipfels 2018 umgesetzt. Das Bundesbauministerium hat in einem aktuellen Schreiben das Merkmal „Bauleistungen zu Wohnzwecken“ konkretisiert. Bauleistungen für Wohnzwecke seien solche, die der Schaffung neuen

Wohnraums sowie der Erweiterung, der Aufwertung, der Sanierung oder der Instandsetzung bestehenden Wohnraums dienen. Eine Aufwertung könne die Verbesserung der energetischen Qualität bringen oder in der Erhöhung des Ausstattungsstandards liegen. Umfasst seien auch Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Wohnungsneubau oder mit der Aufwertung bestehenden Wohnraums, beispielsweise Zufahrtsstraßen für Wohngebiete, Versorgungsleitungen oder immissionsmindernde Maßnahmen.

Damit unterstreicht das Bauministerium ein sehr weites Begriffsverständnis. Dies würde auch dafür sprechen, beispielsweise den Neubau eines Kindergartens und weiterer sozialer Infrastruktur unter Wohnzwecken dienlichen Vorhaben zu fassen, sofern ein Bedarf durch ein neues Wohngebiet oder durch die Aufwertung eines bestehenden Wohngebiets nachweisbar ausgelöst wird. Eine abschließende Klärung der Reichweite des Wortlauts steht aber noch aus.

Die kommunalen Spitzenverbände haben in einem aktuellen Rundschreiben ihre Mitglieder über die Änderungen informiert und haben bereits erste Hinweise gegeben, wie mit den Formblättern des Vergabehandbuchs Bayern umgegangen werden kann. Die Aktualisierung der Formblätter steht noch aus und muss zunächst vom Bund geleistet werden.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

BAYERISCHER STÄDTETAG 2019

digitale gesellschaft. digitale städte.

Die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags am 10. und 11. Juli 2019 in Augsburg befasst sich unter dem Motto „digitale gesellschaft. digitale städte.“ mit den Herausforderungen für die Kommunen und präsentiert Digitalisierung zum Anfassen.

Die Digitalisierung erfasst zunehmend alle Lebensbereiche. Unser Smartphone ist mobiles Navigationsgerät, Ticketautomat, Plattform für die Freundschaftspflege und Shoppingmall. Vieles sind wir gewohnt, mit einem Mausklick zu erledigen. Entsprechend wächst auch die Erwartungshaltung von Bürgern und Unternehmen an die bayerischen Kommunen. So unterschiedlich wie die gewachsenen Strukturen vor Ort, so unterschiedlich sind auch die Lösungsansätze der bayerischen Städte und Gemeinden. Die Bandbreite reicht von punktuellen Projekten bis zur ganzheitlichen Umsetzung. Aber noch etwas zeigt sich hier. Digitalisierung lässt sich nicht in einem Satz umschreiben. Die Vorstellungen jedes Einzelnen von der Digitalisierung unterscheiden sich deutlich. Digitalisierung muss vielschichtiger gedacht werden, bezogen auf Verwaltungen, öffentliche Daseinsvorsorge, Bürger, Unternehmen und viele weitere Bereiche. Der Bayerische Städtetag wird sich daher im Rahmen der Vollversammlung mit den Herausforderungen für die bayerischen Kommunen beschäftigen und Digitalisierung zum Anfassen präsentieren.

Als fachliches Begleitprogramm werden am Mittwoch, den 10. Juli 2019, vier Präsentations- und Diskussionsstationen zu den Bereichen Digitales Rathaus, Digitale Schule, Digitale Mobilität und Digitale Gesundheit und Pflege sowie ein Forum für Fachvorträge und Praxisberichte der Mitglieder des Bayerischen Städtetags angeboten. An den Stationen werden neue digitale Möglichkeiten anhand einzelner Demonstrationsobjekte sichtbar und erlebbar gemacht und mit den Tagungsgästen diskutiert. Am Donnerstag, den 11. Juli 2019, wird neben einer Rede des Vorsitzenden Dr. Kurt Gribl und des Bayerischen Mi-

nisterpräsidenten Dr. Markus Söder, Professor Sami Haddadin als Experte für Robotik und Maschinen-Intelligenz einen Ausblick auf künftige Entwicklungen geben. In einer Podiumsdiskussion werden die Themen der Stationen (Rathaus, Schule, Mobilität, Pflege und Gesundheit) von kommunalen Vertretern aufgegriffen und mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, und der Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, diskutiert.

Kontakt: markus.seemüller@bay-staedtetag.de
florian.gleich@bay-staedtetag.de

Informationsbrief elektronisch

Sie können den Informationsbrief auch als pdf elektronisch beziehen: Unter www.bay-staedtetag.de gehen Sie unter Presse und Veröffentlichungen auf „Informationsbriefe“, klicken „Elektronisches Abo“ an und fügen Ihre E-mail-Adresse €



Informationsbrief als App

Den Informationsbrief des Bayerischen Städtetags gibt es auch als App für Mobilgeräte. Die App steht zum kostenlosen Download im Apple Appstore und im Google Playstore zur Verfügung:

https://appsto.re/de/n6E_6.i

<https://play.google.com/store/apps/details?id=de.silkcodeapps.infobrief>

„Zukunftsforum Automobil“ arbeitet an Mobilitätsplattformen

Datenhoheit muss bei den Kommunen bleiben

Im Februar 2019 hat das von der Staatsregierung gegründete „Zukunftsforum Automobil“ seine Arbeit aufgenommen. Insbesondere soll die Vernetzung von Autoverkehr und öffentlichem Verkehr mittels moderner digitaler Mobilitätsplattformen vorangetrieben und so eine nachhaltige, umweltfreundliche Mobilität geschaffen werden. Aus Sicht der Städte muss die Hoheit über die Verkehrsdaten bei den Kommunen bleiben, um Datensicherheit und Datenschutz zu gewährleisten. Rechtliche Normierungen sind nötig, um die Daten auch für übergreifende Zwecke in der Mobilität nutzen zu können. „Real-labore“ mit Testfeldern für das autonome Fahren im Autoverkehr müssen staatlich unterstützt werden.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder will einen „Neustart für die Zukunftsidee des Automobils“. Auf der Basis des Pakts der Staatsregierung mit der Wirtschaft zur Zukunft der Fahrzeugindustrie in Bayern wurde im Februar 2019 ein neues „Zukunftsforum Automobil“ ins Leben gerufen. Fünf Arbeitsgruppen sollen sich mit dem anstehenden Transformationsprozess in der Automobilwirtschaft, insbesondere hinsichtlich alternativer Antriebe, der Digitalisierung und der Qualifizierung für den Strukturwandel befassen. Zu der angestrebten bayerischen Gesamtstrategie gehört auch das Thema Mobilitätsplattformen, in das der Bayerische Städtetag eingebunden ist.

Bei der Auftaktveranstaltung Mobilitätsplattformen auf Einladung von Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart fand ein erstes Brainstorming zu Handlungsempfehlungen und Projekten statt. Mittels Mobilitätsplattformen sollen der Autoverkehr, der ÖPNV, der Fuß- und Radverkehr sowie weitere Mobilitätsangebote mit allen modernen digitalen Instrumenten vernetzt werden.

Unterarbeitsgruppen sollen ein Organisationskonzept erarbeiten, das insbesondere die in Bayern bereits vorhandenen beiden Plattformen für

Verkehrsdaten, das DEFAS Bayern und das VIZ Bayern, bedarfsgerecht mit weiteren Mobilitätsdaten ergänzen und zu einer bayernweiten Mobilitätsplattform zusammenführen soll. Konkret geht es dabei auch um die Optimierung des Parkens mit Verkehrslenkung, Reservierung, Belegung, Bezahlung und das Laden von Elektrofahrzeugen.

Aus Sicht des Bayerischen Städtetags bedarf das autonome und vernetzte Fahren im Autoverkehr entsprechender Regelungen, um den Nutzen für die Städte und Gemeinden zu sichern und die Risiken zu minimieren. Wichtig ist die enge Verknüpfung des Individualverkehrs mit dem ÖPNV. Der Individualverkehr soll reduziert werden und der Besetzungsgrad der Fahrzeuge soll erhöht werden.

Für den Bayerischen Städtetag machte der Ingolstädter Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel bei der Veranstaltung deutlich, dass die Datenhoheit über den bei vielen Städten vorhandenen „Datenschatz“ im Verkehrssektor bei den Kommunen verbleiben muss. Notwendig sind Regelungen, um diese Daten zum Zweck nachhaltiger Mobilität auch der Automobilindustrie besser zugänglich machen zu können. Für wichtig hält Dr. Lösel auch, dass der Freistaat die Testfelder für das autonome Fahren im Autoverkehr unterstützt, um so innovative Gemeinschaftsprojekte mit der Automobilindustrie voranbringen zu können.

Kontakt: thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de

Gesundheit im Museum

Die Mitgliedstädte von Stadtkultur Netzwerk Bayerischer Städte können sich in den Jahren 2019/2020 an dem Projekt gesundmitkunst mit Workshops zur Gesundheitsförderung in Museen beteiligen. Dem Netzwerk können alle bayerischen Kommunen beitreten. Kunst gestaltet Wirklichkeit. Kunst wirkt auf Körper, Seele und Geist. Die Gestaltungspotenziale der Künste können Lebensqualität und Gesundheit fördern. Diese Potenziale werden in einem Pilotprojekt des Netzwerks Stadtkultur erprobt, das die AOK Bayern fördert.

Museen sollen als Orte der Gesundheitsförderung vorgestellt werden. Es sollen Formate geschaffen werden, die künstlerische Arbeitsweisen mit Gesundheitsförderung verbinden. Durch die kunstpädagogischen und zugleich gesundheitsfördernden Angebote sollen die Lebensqualität und die Selbstwirksamkeit der Teilnehmenden gestärkt, und ihre Teilhabe gefördert werden. Museen und Städtische Galerien können Workshops und Programme zur Gesundheitsförderung durch Kunst anbieten. Alle künstlerischen Sparten können die Gesundheit fördern: Bildende Kunst, Tanz, Literatur, Musik oder Theater. In der Programmgestaltung sind die Museen frei. Die Workshops können sich an den Sammlungen orientieren, sie können zu spezifischen Themen (Gesundheit, Sucht, Einsamkeit, Schmerz, Trauer) stattfinden oder besondere Belastungssituationen (Lebenskrise, Flucht, Demenz, Langzeitarbeitslosigkeit) thematisieren. Das Department Arts and Change der Medical School Hamburg evaluiert das Projekt. Mit Hilfe einer Evaluation der einzelnen Formate soll festgestellt werden, welche kunstpädagogischen Methoden sich wie auf die Gesundheitsförderung auswirken. Im Rahmen des Projekts werden Zuschüsse für Veranstaltungsreihen in den Museen der Mitgliedstädte von Stadtkultur vergeben. Gefördert wird das Projekt von der AOK Bayern.

Internet: www.stadtkultur-bayern.de

Persönliche Nachrichten

Wählen

Bei den Wahlen in der Gemeinde Kissing (Landkreis Aichach-Friedberg) wurde **Reinhard Gürtnér** (CSU) zum Ersten Bürgermeister gewählt. Er tritt die Nachfolge von Manfred Wolf an.

Verstorben

ist Alt-Oberbürgermeister **Franz Stumpf**, Stadt Forchheim, im Alter von 68 Jahren.

Geburtstage

Im April 2019 feiern

den 70. Geburtstag

Stadtrat **Kilian Sendner**, Nürnberg, Mitglied im Sportausschuss des Bayerischen Städtetags

den 65. Geburtstag

Erste Bürgermeisterin **Anita Meinelt**, Moosburg a. d. Isar, Mitglied im Ausschuss der kreisangehörigen Mitglieder des Bayerischen Städtetags

Erster Bürgermeister **Siegfried Böhringer**, Markt Regenstauf

den 50. Geburtstag

Erster Bürgermeister **Thomas Loderer**, Gemeinde Ottobrunn

Erster Bürgermeister **Andreas Strauß**, Markt Ergolding.

Termine

- 16.04.2019 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in München
- 30.04.2019 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 07.05.2019 **Vorstandssitzung** in München
- 09.05.2019 **Pressekonferenz** in München
- 24.05.2019 **Schulausschuss** in München
- 27.05.2019 **Forstausschuss** in Schweinfurt
- 27./28.05.2019 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in Weißenburg i.Bay.
- 28.05.2019 **Arbeitskreis Bauen und Planen** in München
- 29.05.2019 **Umweltausschuss** in München
- 05.06.2019 **Bau- und Planungsausschuss** in München
- 05.06.2019 **Arbeitskreis IuK** in Gunzenhausen
- 05.06.2019 **Sozialausschuss** in München
- 24./25.06.2019 **Arbeitskreis Stadtgrün** in Neu-Ulm
- 25.06.2019 **Bezirksversammlung Oberfranken** in Bamberg
- 26.06.2019 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in Ansbach
- 27.06.2019 **Arbeitskreis Finanzen** in Memmingen
- 28.06.2019 **Finanzausschuss** in Memmingen
- 03.07.2019 **Arbeitskreis Straßenverkehr** in Bamberg
- 08.07.2019 **Arbeitskreis Stadtarchive** in München
- 09./10.07.2019 **Vorstandssitzung** in Augsburg
- 10.07.2019 **Pressekonferenz** in Augsburg
- 10./11.07.2019 **BAYERISCHER STÄDTETAG 2019** in Augsburg
- 22.07.2019 **Arbeitskreis Vermessung und Geoinformation** in Augsburg
- 17.09.2019 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München

- 20.09.2019 **Bezirksversammlung Niederbayern** in Deggendorf
- 27.09.2019 **Schulausschuss** in München
- 30.09.2019 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in München
- 01.10.2019 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 09.10.2019 **Bezirksversammlung Oberpfalz** in Weiden
- 09.10.2019 **Sozialausschuss** in Würzburg
- 11.10.2019 **Arbeitskreis Organisation** in Bamberg
- 15.10.2019 **Bezirksversammlung Oberbayern** in Waldkraiburg
- 16.10.2019 **Erfahrungsaustausch der GeschäftsleiterInnen und HauptamtsleiterInnen** der Großen Kreisstädte in München
- 17.10.2019 **Arbeitskreis Finanzen** in München
- 18.10.2019 **Finanzausschuss** in München
- 22.10.2019 **Vorstandssitzung** in München
- 24.10.2019 **Pressekonferenz** in München
- 24.10.2019 **Forstausschuss** in München
- 24./25.10.2019 **Sportausschuss** in Neu-Ulm
- 06.11.2019 **Umweltausschuss** in München
- 07.11.2019 **Bezirksversammlung Schwaben** in Günzburg
- 12.11.2019 **Bezirksversammlung Unterfranken** in Hammelburg
- 13.11.2019 **Arbeitskreis IuK** in Amberg
- 14.11.2019 **Arbeitskreis Gutachterausschüsse** in Aschaffenburg
- 19.11.2019 **Bezirksversammlung Oberfranken**
- 22.11.2019 **Bezirksversammlung Mittelfranken** in Altdorf b. Nürnberg
- 22.11.2019 **Personal- und Organisationsausschuss mit dem Sozialausschuss** in München

abgeschlossen am 10. April